

FDP: "Nationalpark muss für die Menschen da sein"

Stadtverbände von Königswinter und Bad Honnef treffen sich zum Meinungsaustausch

Von Rüdiger Franz



Siebengebirge. In der Abendsonne am Rhein hatten sie sich niedergelassen, die Spitzen der FDP von Königswinter und Bad Honnef. Gesprächsthema auf der Terrasse eines Weinlokals waren die politischen Schwerpunkte, welche die beiden benachbarten Stadtverbände in der nächsten Zeit setzen wollen.

Neben dem **geplanten Nationalpark**, der auch weiterhin geradezu zwangsläufig zahlreiche Debatten beherrschen dürfte, sind dies in den Reihen der Liberalen die öffentliche Sicherheit und Ordnung sowie eine verstärkte interkommunale Zusammenarbeit der beiden Siebengebirgsstädte.

Weiterhin, so versicherte der Königswinterer FDP-Ratscherr Dietmar Rüscher, werde die Partei das Ansinnen des **Nationalparks unterstützen**. Entschieden, ergänzte Honnefs Fraktionschef Peter Endler, sei hier jedoch noch nichts; einen "oktrozierten Nationalpark" dürfe es nicht geben, und die FDP wolle sorgsam darauf achten, dass die Belange der betroffenen Kommunen bei der Entwicklung des Parks mit ebensolcher Rücksicht bedacht werden wie die Bedürfnisse der Bürger vor Ort.

"**Der Nationalpark muss für die Menschen da** sein und nicht umgekehrt", sagte Rüscher. Konkret heißt das aus Sicht der FDP: "Wir werden darauf bestehen, dass der Verkehr im Siebengebirge nicht zusätzlich belastet, die Freizeitnutzung des Waldes nicht unzumutbar eingeschränkt werden und die kommunalen Haushalte keinen Schaden nehmen. Zudem muss die Entscheidungshoheit in Fragen der Planungshoheit weiterhin bei unseren Kommunen liegen", sagte der Königswinterer Peter Gola.

Ralf Schaaf, der im Oktober in Bad Honnef als gemeinsamer Kandidat für FDP, FWG und Bürgerblock ins Bürgermeisteramt strebt, formulierte es so: "Noch sind nicht alle Punkte optimal geregelt, aber es ist durchaus möglich, sie optimal zu regeln". So habe die Kritik der Nationalparks-Skeptiker in vielerlei Hinsicht ihre Berechtigung. "Entscheidend aber ist", so Schaaf, "ob man die Schwierigkeiten für lösbar hält - und das tue ich".

Für lösbar hält er auch die Erledigung weiterer kommunaler Aufgaben in gemeinschaftlicher Arbeit mit dem Nachbarn. Dabei sieht Schaaf die Beschaffung von Geräten oder die punktuelle Kooperation wie etwa bei der Gebäudereinigung oder der Baumpflege nur als einen Zwischenschritt an: "Wichtig ist ein klares Konzept, das systematisch auch die Personalkosten herunterschraubt", so der Bürgermeisterkandidat.

Als Beispiele führte Peter Gola einen gemeinsamen Gleichstellungsbeauftragten oder einen gemeinsamen Rechnungsprüfungsamt für beide Städte an. Auch die Zusammenlegung des Fuhrparkmanagements oder die gemeinsame Betreuung der öffentlichen Beleuchtung seien denkbar.

Als vorbildhaftes Modell bezeichnete Peter Endler die Gründung der Stadtbetriebe Königswinter als Anstalt öffentlichen Rechts, die sich etwa im Bereich der Stromlieferung längst mit umliegenden Kommunen zusammengetan haben. Die FDP will mit diesen Gedanken in beiden Stadträten verstärkt um Mehrheiten werben.

Nur wenig Korrekturbedarf sehen die Liberalen hingegen in der Organisation der Polizei vor Ort. Bekanntlich hatte die Neustrukturierung der Ordnungshüter - neues Präsidium in Ramersdorf, Schließung der Wache in Königswinter, mehr mobile Präsenz im Bergbereich - die Sorge vor einem Sicherheitsdefizit geweckt. "Das war unbegründet", meint nun die FDP. Sie wünscht sich lediglich, dass die bewährte Zusammenarbeit zwischen Polizei und Ordnungsamt ("Sicherheitspartnerschaft") sowohl in Bad Honnef als auch in Königswinter noch mehr etabliert wird.

Ein neues Problem sieht indes Königswinters FDP-Stadtverbandsvorsitzende Helga Rüscher am Horizont heraufziehen: Die zunehmende Gewalt unter Jugendlichen, die auch vor den Schulen im Siebengebirge nicht Halt mache. "Die Zerstörungswut, wie sie sich jüngst in der neuen Oberpleiser Grundschule Bahn brach, ist ein Beispiel, das uns beunruhigen muss", so Rüscher.

(16.07.2008)